

**Antragsbuch zur  
Kreisdelegiertenversammlung der  
SPD Mitte am 22.11.2025**

# Inhaltsverzeichnis

<b>L Anträge an den Landesparteitag</b>	<b>1</b>
<b>L1</b>	<b>Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt</b>
L1 Aktivität in sozialen Medien	1
.....	.....
<b>L2</b>	<b>Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt</b>
L2 Stärkung der Europäischen Öffentlichkeit	5
.....	.....

## L Anträge an den Landesparteitag

1

### Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

#### Aktivität in sozialen Medien

1 Die Abteilung 1, die KDV Mitte und der Lan-  
2 desparteitag der SPD Berlin mögen - auch als  
3 Empfehlung für die Bundesebene - beschlie-  
4 ßen:  
5 Unabhängig von allgemeinen Wahlen wird  
6 über niedrigschwellige, vor allem persona-  
7 lisierte Angebote in sozialen Medien Kon-  
8 takt zu potentiell SPD-Wählenden insbeson-  
9 dere durch Mandatsträger:innen, Kandidie-  
10 rende geknüpft, gehalten und gepflegt, wel-  
11 cher in das Umfeld der jeweiligen Erle-  
12 benswelt sozialer Medien passt, wobei SPD-  
13 Programmatik eher nachrangig sein kann  
14 und solidarisches, gemeinnütziges, in der Le-  
15 bensnähe von politikfernen Wahlberechtig-  
16 ten nachvoll-ziehbares Verhalten im Vorder-  
17 grund stehen sollte.

18

19

20

21

#### 22 Begründung

23 Eher ältere Menschen nutzen noch das li-  
24 neare Fernsehen bzw. ein zusammengestell-  
25 tes Rundfunkprogramm, z.B. das ZDF, den  
26 Deutschlandfunk. Politische Inhalte bekom-  
27 men sie im Zeitrhythmus von Nachrichten-  
28 sendungen und politischen Formaten des li-  
29 nearen Programms präsentiert.

30

31 Verändertes Nutzerverhalten und bei jünge-  
32 ren Menschen bereits der Einstieg in den Me-  
33 dienkonsum geht einher mit einer allgemei-  
34 nen Entrhythmisierung beim Hören, Sehen  
35 von Inhalten. Musik wird weniger im laufen-  
36 den Radioprogramm gehört, sondern indivi-  
37 duell zusammengestellt, ohne dass sie von  
38 Information wie den halbstündlichen Radio-

39 nachrichten unterbrochen wird. Gleiches gilt  
40 für anzuschauende Inhalte z.B. aus der Me-  
41 diathek, netflix etc.

42

43 Ohne die lineare Programmstruktur entfällt  
44 für viele Menschen der Informationsteil, ins-  
45 besondere die Nachrichten. In der Mediathek  
46 wird ein Tatort nicht mehr nach bzw. zu-  
47 sammen mit der Tagesschau geschaut, Musik  
48 nicht mehr im Radio zwischen stündlichen  
49 Nachrichten- und sonstigen Informationsblö-  
50 cken gehört. Die Tagesschau wird weniger um  
51 20 Uhr angeschaut und falls überhaupt allen-  
52 falls in der Halbzeitpause eines Fußballspiels  
53 angeschaut. Eine verringerte politische Infor-  
54 miertheit und Bildung sind die Folge, wo-  
55 durch die Fähigkeit zur Einordnung von neuen  
56 Informationen und Behauptungen nachlässt.  
57 Wer kaum bzw. keine verlässlichen Nachrich-  
58 ten hört, kann falsche Behauptungen im pri-  
59 vaten Umfeld oder in sozialen Medien we-  
60 der widerlegen, noch überhaupt dazu Stel-  
61 lung beziehen, weil dieser oder jener Fakt  
62 schlicht unbekannt bzw. der eigene Kenntnis-  
63 stand viel zu unsicher ist, als dass hierzu Stel-  
64 lung bezogen werden könnte. Es wird dann  
65 geschwiegen.

66

67 Hinzu kommt ein seit der Corona-Pandemie  
68 wachsendes Phänomen, sich aus dem Strom  
69 von zum Teil verunsichernder Information  
70 auszuklinken. Nicht offensichtlich angeneh-  
71 me Informationen werden aktiv ignoriert, ih-  
72 re Kenntnisnahme vermieden, soweit dies  
73 möglich ist.

74

75 Diese allgemeine Entwicklung zur Kenntnis  
76 nehmend verringert sich seit Jahren die Be-  
77 deutung klassischer Wege für die Verbrei-  
78 tung, Diskussion politischer Anliegen, Ideen,  
79 Beschlüsse sowie Kenntnis von Debatten,  
80 zum Meinungsstand hierzu und die hierauf  
81 beruhende eigene Meinungsbildung. Die Ge-  
82 sellschaft spaltet sich in Gut- und Überin-  
83 formierte, die aktiv an Debatten teilnehmen  
84 oder zumindest Debattenformate wie die

85 Talks in den Öffentlich-Rechtlichen, in pod-  
86 casts etc. konsumieren bzw. folgen können  
87 und Wahlberechtigte, die eine solche Debatte  
88 überfordert, weil sie faktenunsicher, zu wenig  
89 vorinformiert bzw. zu wenig interessiert sind.  
90 Diese Entwicklung betrifft besonders klassi-  
91 sches SPD-Klientel. Die SPD kann dies weder  
92 abändern, noch zurückdrehen. Sie sollte sich  
93 dem aber nicht entziehen.

94 Dabei haben wenig informierte Wahlberech-  
95 tigte genau so eine Stimme wie gut- und  
96 überinformierte Wahlberechtigte.

97

98 Soziale Medien wiederum können ein indivi-  
99 duelles Gefühl von geistiger, emotionaler Nä-  
100 he, Zuspruch, Verstandenwerden erzeugen. In  
101 einem solchen Umfeld gefühlter persönlicher  
102 Nähe ist es deutlich wahrscheinlicher, dass In-  
103 formationen, Nachrichten wahrgenommen,  
104 geglaubt, Teil der eigenen Sichtweise und  
105 weiter verbreitet werden, eben weil sie so-  
106 zial einbettet sind. Auch in sozialen Medi-  
107 en kommt es nicht allein auf die Information  
108 selbst an, sondern darauf, wer sie verbreitet.

109

110 Wahlwerbung nun im Bereich individueller  
111 Mediennutzung zu schalten, überträgt ledig-  
112 lich klassische Wahlwerbung aus dem Fernse-  
113 hen in das Internet. Diese wird vornehmlich  
114 weggeklickt, sobald es möglich ist, weil sie bei  
115 der avisierten Mediennutzung schlicht stört.  
116 Ein Wegklicken wäre im linearen Fernseh-  
117 und Radioprogramm nicht möglich.

118

119 Um Wahlberechtigte außerhalb linearer An-  
120 gebote gut zu erreichen, dürfte sich eine  
121 personalisierte Kontaktaufnahme, das Kon-  
122 takthalten innerhalb deren Medienkonsum-  
123 gewohnheiten bzw. im jeweiligen Social-  
124 Media-Umfeld anbieten, wobei es für die-  
125 se Kontaktpflege genügen sollte, lebensnahe  
126 Geschichten zu erzählen, Stichworte und po-  
127 sitive Emotionen zu verbreiten, die mit der  
128 SPD verbunden sind, wie z.B. solidarisches  
129 Verhalten, Gemeinnutz, Chancengleichheit  
130 etc. und damit überhaupt erst einen Zugang

131 zu SPD-Themen bei Informationsinteresse zu  
132 legen. Dabei sollte die SPD-Programmatik zu-  
133 nächst kein Thema sein. Es bietet sich an,  
134 diesen Kontakt durch bekannte bzw. bekannt  
135 zu machende Personen, also Mandatsträ-  
136 ger:innen, Wahlkreiskandidierende zu schaf-  
137 fen und zwar schon jetzt, lange vor anste-  
138 henden Wahlen. Dieser Kontakt hilft dann bei  
139 anstehenden Wahlen, denn dann dürfte bei  
140 sonst politikfernen Wahlberechtigten genug  
141 Interesse an politischer Beteiligung, Debat-  
142 ten, Inhalten aufkommen, also einfach mal  
143 zu schauen, was eine bereits unterhaltsame  
144 Kandidierende der SPD an politischen The-  
145 men verfolgt.

146  
147 Wie gut ein solch personalisiertes Vorgehen  
148 gelingen kann, haben zuletzt die politi-schen  
149 Ränder der im Bundestag vertretenen Partei-  
150 en vorgeführt.

---

**L2****Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Stärkung der Europäischen Öffentlichkeit**

1 Die Bundestagsabgeordneten der SPD und  
2 eine Bundesregierung unter Beteiligung der  
3 SPD werden aufgefordert, sich für eine deutli-  
4 che Stärkung der medialen Europäischen Öf-  
5 fentlichkeit auf EU-Ebene einzusetzen, die  
6 inhaltlich identisch und simultan in allen  
7 (Amts-) Sprachen der Europäischen Union in  
8 geeigneter Form wie z.B. Rundfunkanstalten,  
9 Internetplattformen stattfindet und alle EU-  
10 Staaten erreicht.

11

**Begründung**

13 Der Europäischen Union als Verbund ihrer  
14 Mitgliedsstaaten steht unter starkem Druck,  
15 sich auf gemeinsames Vorgehen zu verstän-  
16 digen. Gleichzeitig fehlt gerade kontroversen  
17 EU-Entscheidungen die Akzeptanz in den Mit-  
18 gliedsstaaten. Ein Grund hierfür ist das Feh-  
19 len einer ausreichend etablierten gemeinsa-  
20 men Europäische Öffentlichkeit, in der poli-  
21 tische Anliegen außerhalb von EU-Parlament  
22 und der Vertretung einzelner Mitgliedsstaa-  
23 ten grenzüberschreitend diskutiert werden.

24

25 In jedem Mitgliedsstaat wird bisher geson-  
26 dert über Aktivitäten auf EU-Ebene berichtet  
27 und debattiert. Bestenfalls informieren natio-  
28 nale Medien vom Meinungsstand in einem  
29 anderen Mitgliedsstaat. Es gibt jedoch au-  
30 ßerhalb von thematisch begrenzter Inhalte  
31 fast keine grenzüberschreitende Meinungs-  
32 bildung der EU-Bürgerinnen und – Bürger,  
33 keine europäische Zeitung, nur vornehm-  
34 lich informatorische Rundfunkangebote wie  
35 euronews, Livestream von Parlaments-/Aus-  
36 schusssitzungen, jedoch keine europaweit  
37 wirkenden Kommentare, politischen Streit-  
38 gespräche, keine europaweit ausreichend ge-

39 nutzte Plattform für den Austausch von Sicht-  
40 weisen, der auch Sprachgrenzen überwindet  
41 und Bürger:innen beteiligt.

42

43 Dabei garantiert die Europäische Grund-  
44 rechtecharta auf EU-Ebene die Freiheit  
45 der gemein-samen politischen Willensbil-  
46 dung. In Art. 11 heißt es nach dem Recht  
47 auf grenzüberschrei-tende Meinungsfrei-  
48 heit: "Die Freiheit der Medien und ihre  
49 Pluralität werden geachtet." Diese Charta  
50 geht wie selbstverständlich davon aus, dass  
51 es Medien gibt, die frei und plural grenzüber-  
52 schreitend, sogar EU-weit tätig sind und eine  
53 Europäische Öffentlichkeit existiert.

54

55 Ohne ausreichend gemeinsame Öffentlich-  
56 keit bleibt die Meinungsbildung auf EU-  
57 Ebene schwach und vornehmlich auf Reprä-  
58 sentanten der Mitgliedsstaaten begrenzt. Ihr  
59 fehlt die gemeinsame politische Willensbil-  
60 dung der Bürgerinnen und Bürger über natio-  
61 nale und Sprachraum-Grenzen hinweg und  
62 damit der willensbildende Unterbau.

63

64 In der Folge fehlt vielen Entscheidungen auf  
65 EU-Ebene die nach gemeinsamer Willens-  
66 bildung gefundene Unterstützung aus den  
67 Bevölkerungen der EU-Staaten. Dabei erfor-  
68 dert die Lage außerhalb der EU eigentlich  
69 mehr Verbindlichkeit und Unterstützung von  
70 gemeinsamen EU-Interessen.

71

72 Genau hier setzt der Beschlussantrag an,  
73 denn der freie europäische Medienmarkt  
74 hat trotz technischer Möglichkeit eine Eu-  
75 ropäische Öffentlichkeit bisher nicht in ei-  
76 ner Weise hervorgebracht, dass EU-Anliegen  
77 europaweit über Sprachgrenzen hinweg ge-  
78 meinsam diskutiert werden. Es genügt nun-  
79 mal nicht, dass eine z.B. Fachministerin den  
80 Diskussions-stand und die EU-Pläne in na-  
81 tionalen Medien wiedergibt bzw. bewertet  
82 oder von EU-Themen in Landessprache be-  
83 richtet wird. Vielmehr bedarf es einer öf-  
84 fentlichen Diskussion mit Fachministern aus

85 mehreren EU-Staaten unter Beteiligung der  
86 Menschen, welche inhaltlich identisch und  
87 simultan in allen europäischen (Amts-)Sprach-  
88 chen stattfindet. Hierfür fehlen noch immer  
89 Kommunikationsformate. Gemeinsame An-  
90 liegen in EU-Europa werden in sprachlich  
91 abgegrenzten nationalen Teilöffentlichkeiten  
92 diskutiert, falls dies überhaupt stattfindet.

93

94 Die vorhandenen grenzüberschreitenden An-  
95 gebote wie z.B. Euronews, Eurosport, Arte,  
96 Politik-Portale/Blogs im Internet, das TV des  
97 Europäischen Parlaments und die Europäi-  
98 sche Rundfunkunion (EBU) bieten entweder  
99 thematisch sehr begrenzte Formate der Mei-  
100 nungsbildung wie beim ESC oder eröffnen  
101 keinen simultanen Austausch, keine Interak-  
102 tion über Sprachgrenzen hinweg. Zudem sind  
103 sie von geringer Reichweite.

104

105 Die nationalstaatliche bzw. sprachraumben-  
106 grenzte Teilöffentlichkeiten können das Öf-  
107 fentlichkeitsdefizit auf EU-Ebene auch in ih-  
108 rer Summe nicht ausgleichen. In einer zu-  
109 meist sprachraumbegrenzten Teilöffentliche-  
110 keit ist die Behandlung europäischer The-  
111 men nicht nur von jeweils national gepräg-  
112 ten Medienakteuren abhängig, für wie re-  
113 levant ein Thema gehalten wird. Sie beruht  
114 zudem auf sprachraumbegrenzten Erzählun-  
115 gen, z.B. „Überregulierung aus Brüssel“. Die  
116 Folge sind ein mitunter vollkommen unter-  
117 schiedlicher Informationsstand und national  
118 geprägte Sichtweisen zum selben europäi-  
119 schen Thema. Bei entgegengesetzten Interes-  
120 sen zwischen den Mitgliedsstaaten (Beispiel:  
121 Umfang der gemeinsamen Verschuldung, En-  
122 ergieimporte) kann eine unterschiedliche Be-  
123 sprechung des Themas in der jeweiligen na-  
124 tionalen Teilöffentlichkeit die Einigungsfir-  
125 dung in der EU verhindern.

126

127 Die Verstärkung von Sichtweisen innerhalb  
128 jeweils nationaler bzw. sprachraumbegrenz-  
129 ter Teilöffentlichkeiten trägt zudem das Po-  
130 tential einer tiefen Spaltung innerhalb der

131 EU in sich, denn der Blick durch die na-  
132 tionale Brille auf ein europäischer Thema  
133 kann den Ansichten in den Teilöffentlichkei-  
134 ten anderer Mitgliedsstaaten so deutlich ent-  
135 gegen stehen, dass bei sehr kontroversen  
136 Themen Vertreter eines Mitgliedstaats in der  
137 EU, aber auch Europäische Parla-mentarier ei-  
138 ne Verständigung mit Vertretern anderer EU-  
139 Staaten nicht mehr wagen, weil sie das Ergeb-  
140 nis in ihrer nationalen Teilöffentlichkeit nach  
141 dem dort zuvor geführten Diskurs nicht oh-  
142 ne einen hohen Glaubwürdigkeitsverlust und  
143 Reputationsschaden vertreten könnten, Na-  
144 heliegenderweise auch nicht vertreten und  
145 deshalb eine tragfähige Verständigung auf  
146 EU-Ebene verhindert wird. In einer starken  
147 Europäischen Öffentlichkeit würde sich die je-  
148 weils nationale Berichterstattung bzw. natio-  
149 nale Erzählungen am europäischen Diskurs  
150 messen lassen müssen und könnten innner-  
151 halb der nationalen Teilöffentlichkeit deutlich  
152 hinterfragt werden. Umgekehrt würde dies  
153 für die EU-Ebene ebenso gelten.

154

155 Der Entscheidungsprozess in der EU wäre mit  
156 einer gleichartigen Kontrolle der Arbeit Eu-  
157 ropäischer Institutionen durch eine Europäi-  
158 sche Öffentlichkeit zudem deutlich transpa-  
159 renter und nachvollziehbarer, wie es bei auch  
160 sehr streitigen Entscheidungsprozessen in-  
161 nerhalb der Mitgliedsstaaten eingeübt und  
162 von Bürger:innen mit anderer Meinung über-  
163 wiegend akzeptiert wird.

164

165 Die EU würde weniger als Elitenprojekt  
166 der Vertreter einzelner EU-Staaten, der  
167 EU-Institu-tionen und der einzelnen Lob-  
168 byorganisationen wahrgenommen, denn  
169 eine gestärkte Euro-päische Öffentlichkeit  
170 kann eine nicht zu unterschätzende Kontrolle  
171 durch Diskurs jedweder politischen Initiative  
172 ausüben.